

und der finanzielle Auswand des Feldzeuges nicht mehr zweifelhaft ist.

Lord George und die Gewerkschaften.

London, 26. Dezember. Lord George hielt gestern in Glasgow 1000 Vertreter der Gewerkschaften und ...

Zwei englische Transportdampfer untergegangen.

Edin, 27. Dezember. Der Korrespondent der ...

Sturmjungen im Stadtrat von Glasgow.

London, 26. Dezember. Im Stadtrat von Glasgow gab es ...

Die Kriegführung der Italiener.

Zerstörung des Görzer Spitals.

Das Görzer Spital vom Roten Kreuz war von ...

Nach dem Protokoll unterliegt es keinem Zweifel, daß die ...

Die italienische Offensivkraft hat in dieser Woche ...

230 000 Mann Landungstruppen in Saloniki.

Wien, 27. Dezember. Die Reichspost meldet aus ...

Griechisch-italienische Verhandlungen.

Athen, 26. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) ...

Vor Eröffnung des bulgarischen Parlaments.

Sofia, 27. Dezember. Bei der heutigen Eröffnung des ...

Montenegrinische Berichte.

Paris, 26. Dezember. Montenegro'scher Bericht vom ...

Genf, 26. Dezember. Montenegro'scher Bericht vom ...

Offensive den Feind in der Richtung auf ...

Genf, 26. Dezember. Montenegro'scher Bericht: ...

Kampf zwischen Bulgaren und Serben in Nordalbanien.

Genf, 26. Dezember. Der Temps meldet, daß die ...

Die Stimmung in Rußland.

Aus Stockholm wird dem P. L. geschrieben:

In Petersburg haben sich zehntausend Frauen ...

In Rußland wird der Ruf nach einem Separatfrieden ...

Mit tiefem Bedauern befragt die Menschheit in einem ...

Die gefährlichste russische Offensive an der beharabischen Front.

Aus Gernowitsch wird gemeldet: Wie vorausgesehen war, ...

Ein deutsch-österreichisches Abkommen.

Die Wiener Blätter veröffentlichen die zwischen ...

Sechs Milliarden Frank Verluste des französischen Handels.

Reuter meldet aus Paris: Frankreich mußte in den ...

Die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie ...

Der sozialistische Landeskongreß in Paris.

Paris, 26. Dezember. Der sozialistische Landeskongreß ...

Genf, 26. Dezember. Beim Pariser Sozialistenkongreß ...

Octave Gervès Guerre Sociale umgetauft.

In der Nummer der Guerre Sociale vom 23. Dezember ...

Generalitätsberichte.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

Großes Hauptquartier, 26. Dezember. Westlicher Kriegsschauplatz: ...

Östlicher Kriegsschauplatz: Deutsche Patrouillenunternehmungen in ...

Südlicher Kriegsschauplatz: Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Der amtliche österreichische Bericht.

Wien, 26. Dezember. Amtlich wird bekanntlich am ...

Italienischer Kriegsschauplatz: Annäherungsversuche gegen den Südtiroler ...

Südlicher Kriegsschauplatz: Die Lage ist unverändert.

Der Stabschef des Oberbefehlshabers: v. Höfer, Feldmarschall-Lieutenant.

Die neue Note Amerikas an Oesterreich-Ungarn.

Washington, 24. Dezember. Die zweite Note der ...

Angeht die Vereinigten Staaten für berechtigt die Ansicht ...

Zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarn bestehen Beziehungen, welche die Vereinigten Staaten beunruhigen, die Fort-

Diese Streitfrage wird durch diese neue Note ihrer Lösung um keinen Schritt näher gebracht. Die amerikanische Regierung hält ihre Forderung aufrecht, die sie schon am 6. Dezember gestellt hat.

London, 24. Dezember. Die das Kaiserliche Bureau melbet, erklären Reporter Washington, daß die Regierung Österreich-Ungarns gegenüber der letzten Note gesprochen habe und die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen wünschenswert sei.

Sozialistische Besprechungen im Haag.

Im Laufe der vergangenen Woche sind die Genossen Ober und Scheidemann im Haag gewesen. Ueber die Vorgänge im Haag liegen folgende einander widersprechende Nachrichten vor:

Amsterdam, 23. Dezember. Ein heftiges Blatt meldet aus dem Haag: Dort seien am Mittwochabend Sozialdemokraten aus den kriegführenden Ländern zu einer Konferenz zusammengetreten, um zu besprechen, was für gemeinsame Schritte zur Verwirklichung eines halbjährigen Friedens unternommen werden könnten.

Man wird annehmen dürfen, daß in nächster Zeit der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Klarheit über die Beschaffenheit im Haag geben wird.

Das Internationale sozialistische Bureau.

Amsterdam, 20. Dezember. Es meldet aus Brüssel: Der sozialistische belgische Abgeordnete Guymans berät mit seinem Komité Brüssel, um nach dem Haag zu gehen, wo er das Sekretariat des Internationalen sozialistischen Bureaus weiter leiten wird.

Der hoffnungsvolle Snodden.

In einem Leitartikel des Labour Leader vom 16. Dezember spricht sich Philip Snodden hoffnungsvoll über die Möglichkeit von Friedensunterhandlungen aus.

Die soziale Lage und Bewegungen von Parteien und Politikern, eine gewisse Genugtuung, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, ferner die Notizen in das Gesicht der englischen Regierung, den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen, und schließlich Reden und Antworten im Parlament, die von der bisherige Regierung unbeeinträchtigt die Regierung scharf abzeichnen.

Die am meisten ermutigenden Anzeichen lassen indes aus Deutschland. Offensichtlich ist die deutsche Sozialdemokratie einig in einem Friedensschluß ohne Annexionen.

Bestimmend im Hinblick auf den weiteren Fortschritt der deutschen, österreichischen und italienischen Sozialisten sei das Verhalten der englischen Arbeiterpartei. Ginge es eine solche alle Arbeiter umfassende in England, so könnte man die Regierungen zur Bekehrung bringen.

Von der Kanzel und Tribüne aus habe es seit zehn Monate lang Erklärungen gegang, daß Deutschland die Weltbeherrschung erstrebe. Wäre das wahr, so hätte Deutschland, auf dem Gipfel seines Erfolges stehend, nicht die Hand zum Frieden gereicht.

Jede Verteidigung des Krieges, die England macht, die macht Deutschland auch. Auf jedes Ziel, das wir erfüllt sehen möchten, strebt auch Deutschland hin. Man sollte meinen, daß unter diesen Umständen jede Unternehmung zum Friedensschluß von den Demokraten des Vaterlandes mit Begeisterung hätte aufgenommen werden müssen.

Die tollste Form unserer Kriegseidenhaft ist jedenfalls, so lange zu kämpfen, bis Deutschland um Frieden bittet. Da dies militärisch nicht möglich ist, soll das Ziel durch wirtschaftliche Erschöpfung erreicht werden.

Wohltun versuchen, schließt das Blatt, und gegenseitig in den Geißel des Abens zu versetzen. Deutschland hat uns die Gelegenheiten gegeben. (R. d. A.)

Des Papstes Klage.

Der Papst hat, wie die Agencia Stefani meldet, in seiner Antwort-Rebe auf die Adresse des Dekans des Kollegiums der Kardinalen zunächst hervorgehoben, daß auch in diesem Jahre eine trübe Wolke die glückselige Weihnachtsfeier bedrückte. In der Tat, sagte der Papst, wenn wir unsere Blicke nach benachbarten und fernem Gegenstande wenden, sind wir von dem Anblicke dieser Menschenleiden erfüllt.

Norwegen vermittelt nicht.

Christiania, 24. Dezember. Beim Empfange amerikanischer Journalisten, die der Mission Nord angehöhen, erklärte der norwegische Ministerpräsident Knudsen, es sei hoffnungslos, gegenwärtig eine Friedenskonferenz vorzuschlagen. Die Kriegführenden wollten den

Kampf zu Ende führen und eine Intervention würde alles nur noch schlimmer machen.

Nach einem Telegramm der Frankfurter Zeitung, soll Nord ebenfalls nach Amerika zurückgekehrt sein.

Deutsches Reich.

Der Stand unserer Brotverforgung.

Wir lesen im Berliner Lokalanzeiger: Würde man im Lande eine Umfrage halten, welches unserer wichtigsten Nahrungsmittel am besten geregelt sei, so würden Produzenten wie Bäcker und Konsumanten ziemlich einstimmig antworten: die Brotgetreideverforgung. Fast alle sind sie darin einig, daß diese wichtigste Linie unserer wirtschaftlichen Verteidigung endgültig befriedigend geregelt sei.

Als dem hat die Reichsgetreidekommission auch bereits Rechnung getragen. Sie hat die Tagesration erhöht auf 225 Gramm; sie hat die Nutzungshaltung herabgesetzt auf 75 Prozent, sie hat gütlich beherrschende Getreidemengen für Futterzwecke hergerichtet und zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluß der Ernte hat man dann im November die Vorräte festgelegt und da zeigte sich überraschenderweise, daß die Vorräte nicht so groß sind, wie man nach der Schätzung vom Juli hätte erwarten sollen. Das hat teilweise vielleicht seinen Grund darin, daß die Vorratshebung die Schätze nicht genau erfaßte; das würde zum Schluß nicht zu verurteilen, denn die Aufnahme mußte sich manchmal auf rohe Schätzungen verlassen, wurde zudem nicht, wie die Schätzung im Juli, von unparteiischen Sachverständigen vorgenommen, sondern von den Besitzern selbst und soweit sie im Felde waren, von der Frauen oder Stellvertretern.

Es ist daher nötig, zunächst nochmals genau zu untersuchen, welches der wirkliche Stand unserer Getreideverforgung ist und zu diesem Zweck soll nun eine genaue Nachprüfung der Vorratshebung stattfinden, deren Ergebnis bis Mitte Januar 1916 vorliegen soll. Bei der Wichtigkeit dieser neuen Aufgabe sollen alle Momente ausgeschaltet werden, die irgendwelche die richtige Erfassung der Vorräte beeinträchtigen könnten.

Auf diese Weise sucht man genaues Einbild in die Lage unserer Brotgetreideverforgung zu gewinnen. Und in der Tat, dieser genaue Einbild ist nötig, wenn man sichergehen will, daß wir im Laufe des nächsten Verbrauchsjahres keine Uebererschüsse erleben sollen. Wir müssen unsere Verbrauchs nach unseren Vorräten einrichten und da müssen wir erst wissen, was vorhanden ist. Sicher lassen wir das eine: So viel ist auf keinen Fall da, daß wir drauf los leben können, daß wir unser Vieh mit Getreide durchhalten können.

Das Verbleibende der Ueberläufer. Das preussische Kriegsministerium hat verfügt, daß mit Fortschrit der kriegsbedingten Vorratshebung vom 21. Dezember an täglich 1,50 Mark Wertverbleibende erhalten. Die Anweisung für die ganze Ueberläufer soll vor Eintritt des Ueberlaufs erfolgen. Damit steht gleichzeitig fest, daß Monatsheften, die nur über Sonntag nach Hause fahren und kaum keine Fahrt bekommen, aus keinem Anspruch auf Verbleibende haben.

1000 Mark Geldstrafe wegen Höchstpreisüberschreitung. Die Strafammer in Elberfeld belegte den Kaufmann Drehschlag aus Elberfeld mit 1000 Mark Geldstrafe, weil er die von der Regierung festgesetzten Höchstpreise für Aluminium erheblich überschritten hatte. Er gab das Aluminium zu den Preisen an Aluminiumfabriken, die für Guss- und Halbfabrikate festgelegt sind. Das Urteil hebt hervor, daß durch das Erheben des Angelegenen die Metallpreise ungerechtfertigt in die Höhe getrieben wurden.

Ausland.

Rumänien.

Beurteilung der Kriegsbefehle.

Bukarest, 26. Dezember. Der Senat wurde unter Widerpruch der Anhänger Hilferichs bis zum 29. Dezember vertagt. Es ist in der Urteilsurteil der Kommer des Oppositionsredner Voracanu über den im vorjährigen Herbst abgelehnten Kontrat sagte, daß König Carol der Neutralität nur zugestimmt habe, um die Herrschaft der Dynastie zu erhalten, unterdrückte ihn Car: Ich habe dem Kontrat beigewohnt! Nicht, was Sie sagen, hat sich ereignet! Der Redner verlangte zu wissen, ob Sie zu Beginn des Krieges mit Ermächtigung der Regierung nach Siebenbürgen reiste, und behauptete, daß der Minister des Innern damals der Weidierung der Rumänien die Räumung anriet. Der Minister rief: Das ist nicht wahr! Der folgende liberale Redner Dan behauptete den Widerspruch der bisherigen Arbeit der Opposition. Die Haltung der Opposition sei ein großer Fehler. Sie wolle, daß Rumänien in Aktion trete, was immer folgen möge, selbst wenn das Land zugrunde gehe.

Perthien.

Ein neuer Ministerpräsident.

Tehran, 25. Dezember. Das Kabinett ist aufgelöst. Der Schah ernannte den Prinzen Ferzan Jemsa zum Ministerpräsidenten. Reuters erklärt das für einen großen diplomatischen Sieg der Alliierten.

Handel und Industrie.

Große Getreidekäufe in Rumänien.

Die Köln. Ztg. meldet aus Bukarest unterm 21. Dezember: Nach nahezu dreimonatigen Verhandlungen ist der Vertrag des Getreideverkehrs mit Deutschland und Österreich-Ungarn am 20. Dezember n. St. der Vertrag zwischen der rumänischen Kommission, der Zentralverkauftkommission in Bukarest, und den deutschen, österreichischen und ungarischen Getreidezentralen unterzeichnet. Durch den Vertrag wird die Ausfuhr der vor längerer Zeit getauften und zum größten Teil bezahlten Waren geregelt, ferner der Eisenbahn- und Schifftransport gehindert und schließlich der Verkauf von 500.000 Tonnen neuer Waren vorgegeben. Mit einigen durch die rumänische Regierung die Verpflichtung übernommen, den freien Abtransport sowie den ungehinderten Eisenbahn- und Donauverkehr für die allen und die neugekauften Waren zu gewährleisten. Von den neugekauften 500.000 Tonnen entfallen 40 vom Hundert auf Weizen und Roggen, 15 vom Hundert auf Gerste, 20 vom Hundert auf Mais, 10 vom Hundert auf Hafer und 15 vom Hundert auf Erbsen und Bohnen. Die Preise sind niedriger als die von der rumänischen Verkaufskommission festgesetzten Mindestpreise. Die Zahlung des Kaufgeldes erfolgt erst nach Ueberreichen der Grenze oder beim Verlassen der rumänischen Donauhäfen. Die 500.000 Tonnen neugekaufter Waren sollen zum Teil auf der Donau, zum Teil auf der Bahn bis Ende April 1916 abgefördert werden. Den laufenden Zentralen ist jedoch das Recht einer einmonatigen Fristverlängerung eingeräumt. Für die Stellung der nötigen Eisenbahnwagen sorgen die Zentralen. Für den Verkehr des mit rumänischen Eisenbahnwagen oder in Fahrzeugen an die Grenze geförderten Getreides ist im Vergleich zum 15. Januar 1916 festgesetzt, daß die Zentralen das Recht erhalten, vom Monat zu Monat die anzuwendende Menge zu bestimmen und daß die Bezahlung in Barzahl mit den für die neugekauften Waren vereinbarten Preisen erfolgt. Ferner sind grundsätzliche Abmachungen wegen Uebernahme weiterer bedeutender Mengen getroffen worden. Gleichzeitig ist mit der rumänischen Nationalbank ein Abkommen über die mit dem Getreidegeschäft verknüpften Fiskaltransaktionen abgeschlossen. Um den Donauweg leistungsfähiger zu machen, wird unterhalb des Eiernes Tores ein Umleitbau mit einer Anzahl von Schleusen eingerichtet. Da auch auf den bulgarischen Donauhäfen bedeutende Mengen von Getreide und sonstigen Waren zur Verladung gelangen und die Ausdehnung auch dieses Verkehrs zu gerätigen ist, haben sich derartige Vorkehrungen als notwendig erwiesen.

Amerikanischer Kupfererz.

Ein Kupfererz, der seit Monaten in der Öffentlichkeit begriffen ist, tritt nach einem Bericht der Köln. Ztg. aus Kentucky mit seinen Wäldern an die Öffentlichkeit. Die Guggenheims und die Wagon-Jacksons, die schon seit Jahren zusammenarbeiten, wollen mit Hilfe anderer Kreise der Erziehung des Unternehmens zustande bringen, das den Namen Kennecott Copper Corporation tragen wird. Diese Gesellschaft besteht bereits seit Ende April mit 6 Mill. Dollar Kapital und besitzt die Kennecott-Gruben in Alaska. Die Guggenheims, d. h. deren Tochtergesellschaft, die Guggenheims Exploration Co., wollen nun ihren gesamten Besitz an Aktien der Braden Copper Mines Co. und der Utah Copper Co. auf die neue Gesellschaft übertragen. Im ganzen handelt es sich um 80 Mill. Aktien des Wertes 65 Mill. beschaffen will. Für den Rest ist auch bereits gesorgt, da Inhaber von Braden- und Utah-Aktien in dieser die sich bereits erfüllt haben, neue Aktien zu nehmen. Die den Wagon- und Guggenheim-Interessen gehörende Copper River and North Star-Grube und die Alaska Steamship Co. werden von der neuen Gesellschaft für 300.000 neue Aktien übernommen werden, 208.244 Kennecott-Aktien werden mehrere Anläufe zurückgekauft.

Aus aller Welt.

Ein Blutdrama.

In Rom verzeichnet die Wristokalle wiederum ein Blutdrama. Rittmeister Graf von Krenowitz fuhr am 25. Dezember mit seiner Geliebten, der Gräfin von Krenowitz-Salvador, spazieren. Der Krenowitz der Gräfin mietete ein Auto und fuhr in vollstem Laufe in den Wagen des Rittmeisters hinein. Er löste dann den herausstürzenden Offizier durch einen Revolvererschuss und zerstückte seiner Frau mit dem Kollermeffer Gesicht, Hals und Naden.

Schneestürme in Jütland.

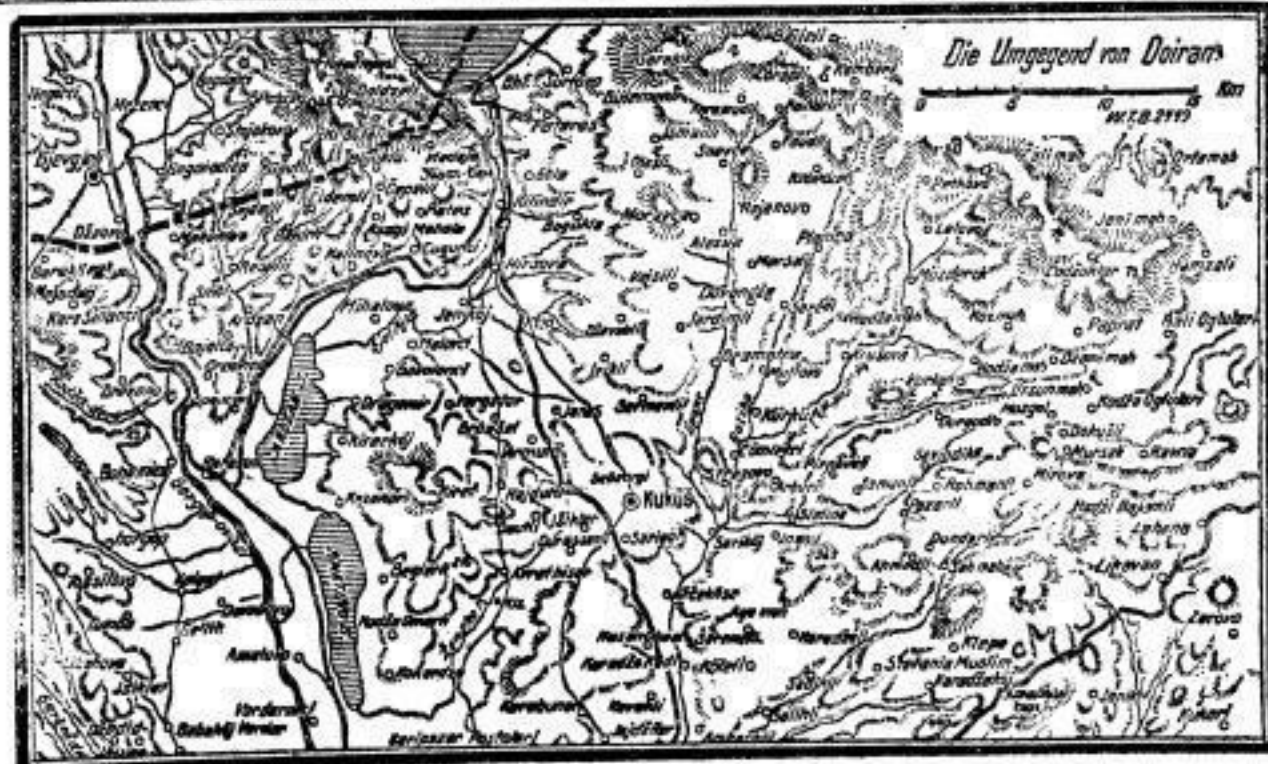
In Jütland war während der Feiertage ein großer Teil des Bahnverkehrs völlig eingestellt. Schwere Schneestürme machten das Fortfahren der Gleise unmöglich.

Prognose der künftigen Landwetterverhältnisse.

für den 28. Dezember: Zeitweilige heiter; zu warm; keine wesentlichen Niederschläge.

Sehne lokale Nachrichten.

Zwei Lebenslebe verstarben vor dem Heide das Feld ihrer Tätigkeit nach Dresden zu verlegen. Sie verstarben unter dem Vorzeichen, wertvolle Bekanntschaften zu machen, die besten Auszubildenden und hohen sich die treuesten Tugenden vorlegen, ohne davon zu kaufen. Eine Geschäftshandlerin, der das Ausfragen der beiden Lebenslebe verstarben, verstarb, verstarb die Kriminalpolizei und dieser gelang es, die häufig mittellosen Chancen in einem anderen Auszubildenden das Verstarben festzunehmen, bevor sie hier in Dresden Schaden anrichten konnten.



Postkarten

mit Photographie 4 Stück 1 St. 1.00 St. kostet Richard
Sonntags geöffnet 11-4 Uhr
Vergrößerungen nach jedem Bilde.
nur Marienstraße 12.

Jähnig.

Bekanntmachung.

Butterverteilung.

Erlange die Einfuhr von Butter hinter der Bedarfsmeldung zurückbleibt, wird für ihre Verteilung folgendes angeordnet.

§ 1.
Der Kauf und Verkauf von Butter für den Verbrauch ist Dienstag, Mittwoch und Donnerstag verboten.
Der Butter zum Verbrauch beziehen wird, hat jede Woche die entsprechende Buttermarkte bzw. den Butterbezugschein in einem Buttergehalt je bis Dienstagabend zu übergeben. Die Übergabe im voraus auf 4 Wochen ist zulässig.
Es ist unzulässig das Buttergehalt zu benutzen, das der Wohnung des Karteninhabers am nächsten liegt oder das ihm selber regelmäßig geliefert hat. Da die Verteilung der Butter über alle Haushalte, die bisher mit Butter bedient haben, erfolgt, macht es keinen Unterschied, in welchem Stadtteil das beantragte Geschäft gelegen ist.

§ 2.
Zum Butterbezug darf nur die Butter der ausgegebenen Karte und derselben Verwendung verwendet werden. Es kann also für die Person und Woche nicht mehr als 1 Pfund Butter angemeldet werden.
Für den Bezug von Resten gelten lediglich die Vorschriften der Bekanntmachung vom 23. November 1915.

§ 3.
Die Geschäftsinhaber haben ein Kundenbuch zu führen, für das Butter im örtlich zuständigen Reichsamt zu erhalten sind.
In dieses Buch sind vom Geschäftsinhaber oder dessen Angestellten, nicht vom Kunden, sofort bei der Anmeldung einzutragen:
Name und Wohnung des Anmeldenden,
Zahl der abgegebenen Karten bzw. Höhe des Bezugscheins,
betracht angenommener Wochenanmeldung.
Eine Rücksichtnahme der Anmeldung und die Rückgabe abgelieferter Karten bzw. Bezugscheine ist ausgeschlossen.

§ 4.
Die Geschäftsinhaber haben die eingereichten Karten und Bezugscheine aufzurechnen und am Mittwoch jeder Woche dem örtlich zuständigen Reichsamt einzureichen. Hierbei haben sie anzugeben, welche Menge Butter ihnen berechtigt zur Befriedigung der Anmeldungen zur Verfügung steht. Für den hiernach vorhandenen Restbetrag erteilt der Reichsamt einen Wochenanmeldung.
Der Reichsamt ist beauftragt, die Angaben über vorhandene Butterbestände nachzuprüfen; er kann Vorlage des Kundenbuchs fordern.

§ 5.
Im Groß- und Zwischenhandel darf Butter nur gegen die Abgabe des Wochenanmeldungsbelegs abgegeben werden.
Der Butter von auswärtig im Handel einführt, hat der Butterzentrale die für die eingeführte Butter erworbenen Wochenanmeldungsbelegs am Schluss der Woche einzureichen.
Die Abgabe von Butter im Handel ohne Einigungnahme der Wochenanmeldung ist untersagt.

§ 6.
Der Butter nach auswärtig auszuführen, hat die Pflicht, hierfür die am Bestimmungsort geltenden Papiere ufm. entgegenzunehmen.
Er hat diese jedoch ebenso wie die befristeten Wochenanmeldungsbelegs der Zentrale wöchentlich einzureichen.
Die Lieferung nach Orten, in denen Butterarten nicht eingeführt sind, bedarf der Genehmigung der Butterzentrale.

§ 7.
Händler, die auf Wochenanmeldung Butter liefern, haben die Ausweise sofort durch Durchstreichen ungültig zu machen.
Händler, die nicht im Handel sind, ihnen vorgelegte Ausweise der Geschäftsinhaber zu befriedigen, haben diese Ausweise wöchentlich spätestens je am Donnerstag bis 12 Uhr vormittags der Butterzentrale einzureichen.
Die Butterzentrale wird mit der Verteilung der ihr zugewiesenen Vorräte die Butter- und Verteilungsbefugnisse m. B. D. beauftragen und kann ihr das Maß der Verteilung vorschreiben.
Sie kann bestimmen, in welchem Verhältnis auf Butterarten und Bezugscheine in der jeweilig laufenden Woche Butter geliefert werden darf. Diese Bestimmung ist für alle Geschäfte maßgebend, es sei, woher sie beliefert werden. Die Bestimmung wird öffentlich bekanntgemacht.

§ 8.
Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Die Anmeldungen nach § 1 können sofort erfolgen.

§ 9.
Zusammenfassungen werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 26. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 1500 Mark bestraft.
Wer den Versuch macht, durch unrichtige Angaben die Verteilung zu erschweren, insbesondere wer mehr als 1/4 Pfund für die Person und Woche anmeldet oder mehr als die nach § 7 der Bekanntmachung vorgezeichnete Menge ausreicht oder bezieht, kann durch Anordnung der Butterzentrale ganz oder teilweise von der Verteilung ausgeschlossen werden.

Dresden, am 23. Dezember 1915.

Der Rat zu Dresden.

Moderne Küchen
von 48 M. an.
In kleinerer Liefer 100 M.
60 Küchen
• am Lager.
Sofort und preiswert.
Tränkners Möbelhaus
Gärtlinger Straße 21, 23.
Spülapparate
Leibbinden, Frauentee und
Frauenartikel
Frau Housinger L. 234
Am See 37

Tüchtige Sirohulnäherrinnen
auf große Posten seiner Liebe und mittlerer Geschäfte
in und außer dem Hause sucht sofort
Nathan Friedmann, Damenhutfabrik, Taizberg 5
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, Inhab. Glöckner
lichter sowie alle andere Parteiliteratur nimmt entgegen
Germann Weichold, Gittersee, Bismarckstraße 4, 1.
Interessenzusatz bis früh 9 Uhr.

Die Sparkasse zu Leuben b. Dresden
verzinst Einlagen mit 3% Prozent
:: bei täglicher Zinsberechnung. ::
Während der Kriegszeit nur geöffnet von 9-1 Uhr
Elektrische Fahrverbindung: Dresden - Laubegast - Leuben.
Potschappel!
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, "Wahren
Jacob", "Freie Stunden", sowie auf sämtliche Parteiliteratur
und Inseraten-Aufträge nimmt jederzeit entgegen
August Frauenlob, Dresdner Straße.

Ahlen Sattler-Nadeln
Zwirne, schwarz, braun grau,
Sleimann, Reitelhölzer L. 1979
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Rudolf Kobitzsch
Grafje Zwingerstr. 17.



Wo sind Ihre Haare geblieben?
Sie sollen nicht im Kamm sitzen, sondern auf Ihrem Kopfe!

Zartes Rossfleisch
empf. G. Köpfer, Am See 17.
Frauen-Artikel
Spülkannen Leibbinden
Frauen-Tee
Frau Freileben
Postplatz u. Wallstr. 4
Man achte auf Firma!

Aufpolstern
von Sofas und Matratzen gut
und billig **Wauböftr. 17, pt.**

Billige Muspiel
Reihe von 60 M an K 109
bei **Bornad, Dresd. Alster 2.**

Für Feldsoldaten
Deutsch-Polnisch 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Volksbuchhandlung.

Obergittersee.
Freundliche Wohnung für sofort
oder später zu vermieten B 1387
Dresdner Straße 46.

Musenhalle.
Nur noch bis 31. Dezember:
Oelemanns Varieté und Spezialitäten-Ensemble.
Das Fest der Handwerker
Humoristisches Familienbild.
Entwaffnet oder Der Weihnachtsmann
Spannendes Weihnachtsstück in 2 Akten.
Ab Donnerstag **Abschiedsprogramm.**
Mittwoch, 29. Dezember, 8 Uhr: **Letzte Märchenvorstellung.**
Samstags 1. Januar:
Neue Truppe: E. Reymund aus Mainz.
Der Zeit entsprechendes Kistenprogramm. 14 Preise.

Lichtspiele u. Varieté Leipziger Straße
Deutscher Kaiser
B 1491 Vom 28. bis 30. Dezember:
Lottes Vormund.
Große Komödie in vier Akten.
Der Reiter und Scheriff. Drama.
Die neuesten Kriegsergebnisse von sämtlichen Kriegsschauplätzen
und das großartige Reiprogramm. — 2. Teil: Auftreten von
Artur Wenzel, Dresden beliebtester Humorist, sowie der Scheriff
und Operettensängerin **Hel. Lotte Lörrens.** — Stets der Zeit
angepasstes Programm bringen **Deutscher Kaiser.**



E. PASCHKY
Von neuen Zufuhren zu erwarten und
wieder sehr billig!
Backfische, hochdelikat. 48,-
Sehelfisch, „Seig.“, portioniert. 55,-
Kabljau, „Seig.“, bis 3 Pfundiger 55,-
Kabljau ohne Kopf, nur Fleisch, in feinsten 60,-
Seelaehs ohne Kopf, nur Fleisch, in feinsten 65,-
Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis. L. 214
ff. große volle Rauchheringe, ff. ger. Fettpf.
linge, ff. goldgelbe sog. Kieler Sprotten, Niesens
Spick-Mal, ff. ger. Stromlachs
zu billigsten Tagespreisen.

Tüchtige Eisendreher
Schwarzblech-Klempner
und **Kesselschmiede**
haben dauernde und lohnende Beschäftigung in der
Sittauer Maschinenfabrik und Eisengießerei, Sittau.

Tüchtige Mechaniker
für Kino- und Photobau sowie
Revolverbankdreher
sofort gesucht.
H. Ernemann A.-G., Dresden, Schandauer Straße 48.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Nach kurzem Krankenlager verchied unser Kollege, der
Kartonnagenarbeiter
Max Krummschmidt
im Alter von 21 Jahren.
Die Beerdigung fand am 1. Feiertage statt.
Es sei seinem Andenken!
Der Vorstand.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht,
dass meine liebe gute Frau, unsere Mutter, Tochter, Schwester
und Schwägerin **Kamilla Reichelt geb. Kuhnert** nach
langem, schwerem Leiden Sonnabend abend 10 1/2 Uhr
entschlafen ist.
Der trauernde Gatte (s. J. im Felde) nebst allen Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch vom Trauerhause, Veltin-
Kronprinzenstraße 17, 2., aus statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Fleischer, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: **Reinhold Wiegand**
Dresden-Kathlitz.
Druck und Verlag von **Zahn & Sohn, Dresden.**

Die drohende Parteispaltung.

Verteidigung der Sonderaktionen durch H. F.

Zu Nr. 297 vom 23. Dezember hat Genosse H. F. einen Angriff gegen den vorangegangenen Einheitsauftrag des Parteivorstandes gerichtet und die Sonderaktion der Fraktionsmitglieder im Reichstage zu rechtfertigen versucht. Der Reichstagsbeschluss ist ein Musterbeispiel der zahlreichen äußersten Flügel der Parteipolitik vorherrschenden, die bei dem ungleich ein Musterbeispiel dafür, wie durch Anzünden von allerlei Feuertreibern der Parteibrand geschürt werden kann. Scheitern wir zunächst, was H. F. über den Bruch in der Fraktion sagt. „Es geht“, sagt er, „nicht um die Einheit der Fraktion, sondern höchstens um die der Reichstagsfraktion“. Die Sache ist nach H. F. nicht so schlimm, es ist „höchstens“ die Spaltung in der Fraktion. Wir sehen mit Entsetzen, dass Genosse H. F. das Auseinanderbrechen der Reichstagsfraktion vor dem verammelten Kriegsvolk der gemäßigten Parteien derart auf die leichte Achsel nehmen will, dass Genosse H. F. hat in zahllosen Versammlungen den Arbeitern die Pflicht der freiwilligen Unterordnung unter die gefassten Beschlüsse gelehrt. Er hat stets jedes Abweichen von der für eine Kampfpartei unbedingt notwendigen Disziplin auf die heftigste getadelt. Er hat auch noch vor kurzer Zeit die Abhaltung von Sonderkonferenzen mißbilligt und seine Mitglieder freudig und danach zu streben, Weisheit zu werden. Jetzt aber hat er sehr schnell „umgelehrt“ und behandelt den schamlosen Disziplinbruch, der ja in der Arbeiterbewegung dazugehört, wie eine harmlose Angelegenheit. Jetzt darf eine Minderheit sich beliebig über die gefassten Beschlüsse hinwegsetzen. Sieht H. F. nicht, daß auch die Einheit der Partei durch das übliche Beispiel sehr schwer bedroht wird? Wenn das Vorgehen der Zwanziger — der andere größere Teil der Minderheit hat in parteiorganisatorischer Weise diesen Schritt mitzumachen abgelehnt — berechtigt sein soll, dann können auch andere Richtungen und Gruppen der Fraktion das gleiche Recht der Mißbilligung, der Sonderabstimmungen und Sondererklärungen für sich in Anspruch nehmen. Sollten aber nur die Reichstagsabgeordneten das Recht zu Mißbilligungen haben? Warum dann nicht auch die Parteigenossen überall im Lande? Oder will H. F. zweierlei Recht einführen: eines für Mitglieder der Parlamente, eines für die anderen Parteigenossen? Genosse H. F. kann sich nicht genug tun in Vorwürfen über die „Rechte“ der Partei, — aber hat diese jemals etwas Derartiges getan wie die jetzige Minderheit? Alle Vorwürfen der Bewegung, wie der verstorbenen Kuer, wie Volkmar, Frohne u. a., haben in ihrem Leben sich mandanten Beschlüssen gebeugt, die sie für sehr verächtlich hielten, aber sie haben niemals in dieser Weise die obersten demokratischen Grundsätze verletzt. Doch die jetzige Minderheit kann es nicht vertragen, daß sie Minderheit ist. Das Vorgehen der 20 ist immermehr gutzuheißen, wenn unsere Partei eine festgeschlossene Kampfbalanz bleiben soll. Es ist äußerst bedauerlich, daß ein Parteigenosse, wie H. F., der Kraft seines Parteiämtes in besonderer Weise der Minderheit der Parteipolitik sein sollte, jetzt alles aufbietet, um in der Partei der Unordnung und Willkür Tür und Tor zu öffnen.

Genosse H. F. glaubt den Fraktionsbruch durch die besondere Lage rechtfertigen zu können, in der sich die Fraktionsführer der Minderheitsauffassung befinden. Diese, sagt er, seien außerhalb der Parlamente an Händen und Füßen gebunden; weder in der Parteipresse noch in Parteiverfassungen sei gegenwärtig der erforderliche Spielraum gegeben, es ließe keine andere Möglichkeit, als diesen Akt im Reichstage selbst zu vollziehen. Diese Darstellung der Verhältnisse ist nicht als zutreffend anzuerkennen. Wir haben die mit Womp seit langer Zeit angeführte Aktion Gaele, Geier und Genossen nimmermehr erlebt. Das „erlösende Wort“, von dem seit Monat Juni gesprochen wurde, ist heraus. Ist denn aber in der Erklärung, die Geier vortrug, irgend ein Satz enthalten, der nicht schon immerfort in den Blättern der Opposition zu lesen gewesen ist? Hat Geier irgend etwas Neues, Ueberraschendes, Eröffnendes sagen können?

Rantor Liebe

Roman von Ottomar Enting.

Und Frieda gab ihm das Räscheln zurück: „Schön, Sophus, daß du so an mich denken kannst.“ — Der Rantor trat ein. Ein Greis, oder doch wenigstens ein geblähter Mann mit grauem Kopfe. Da war es Frieda, als ob Sophus zusammenschauerte. Er wachte von ihr zum Rantor und vom Rantor wieder zu ihr. Das war der Mann seiner idealen Jugendgeliebten? Er hatte zwar gewußt: der Rantor war älter, viel älter als sie, aber doch... so...? Wirklich fragte sein Blick Frieda: Glücklich? Die Antwortete nicht mit ihren Augen — sie senkte die Lider. Das sah aus wie Scham. Doch dann ereignete sich bei beiden eine rasche Veränderung, die sie aus gegenseitig sehr gut beobachteten und verstanden. Sophus ließ sich, als sei er ermüdet, schlief im Stuhl nieder und nickte mehrmals vor sich hin. Die Bewegung war leicht auszudeuten. Sie hieß einfach: Du liebe Zeit, warum auch nicht? Was liegt daran? Frieda indes befand sich in der Höhe und Sophus fast anzuhauchen: Ja. Das hier ist mein Mann. Und ich bin es zu zufrieden. Ganz zufrieden, hörst du? Ja, will es sein. „Aber nun erzählen Sie doch, bitte, wie es Ihnen denn gegangen ist und was Sie jetzt sind!“ hat der Rantor und wankte den Kopf aus der Besuchsfläche, die nie leer wurde, weil die Besuche so selten kamen. „Ja, gern“, erwiderte Sophus und nippte vom Glase, mehr aus Höflichkeit, denn aus Wohlgefallen. Meine frühere Laufbahn ist allerdings etwas stark frey und quer gestreift, so daß ich mich selber in dem Maße nicht ganz zufriedine. Aber jetzt bin ich in durchaus klaren Verhältnissen. Kapellmeister in Danzig, verheiratet. Wie wohnen sogar in der Paradiesgasse. Was will der Mensch mehr? Meine Frau — hier lag trotz des überlegenen Tones, den er ansetzte, ein Lächeln über ihr hin, meine Frau ist da ebenfalls ein Exer. Sehr beliebt, auch bei der Presse. Sie besitzt einen großen Ehrgeiz. Sonst... wie drückt man das jetzt genau aus? ... eigentlich hätte sie es gar nicht so nötig, zu singen.

Genossenschaft ist es richtig, daß die Press- und Versammlungsfreiheit über... eingeschränkt ist, nach unserer Meinung weit über... hinaus, das durch die Kriegsverhältnisse bedingt ist. ... darunter leidet nicht bloß die Parteiminderheit, sondern die gesamte Parteipresse, und nicht nur diese, auch zahlreiche bürgerliche Blätter, bis in die Reihen der Konservativen hinein, beklagen sich über diese Einschränkungen. Es ist unrichtig, zu behaupten, die Minderheit habe ihre Anschauungen nicht geltend machen können. Blätter wie der Vorwärts, die Leipziger Volkszeitung u. a. haben die Politik der Minderheit vertreten, wobei sie gewiß behindert sind — wie heute jede Zeitung behindert ist —, aber sie haben ihre Anschauungen mindestens so deutlich bekundet, wie sie jetzt in der Erklärung Geiers zum Ausdruck kamen. Die Vorführer der Minderheit, Gaele und andere, haben in zahlreichen Parteizusammenkünften ihre Ansichten dargelegt, die Berichte darüber sind wiederholt in der Presse erschienen. Genosse H. F. widerlegt sich selbst, indem er erzählt, viele Wahlkreisorganisationen, ja ganze Bezirke seien auf dem Boden der Minderheit getreten. Dies hätte nicht geschehen und nicht zum Ausdruck kommen können, wenn die Organisationen nicht die Möglichkeit gehabt hätten, Beratungen abzuhalten und Beschlüsse zu fassen. Genosse H. F. möge also nicht allzu sehr bestrebt sein, die Minderheit als Märrcher der Partei hinzustellen. Die Einschränkungen der Meinungsfreiheit drücken ebenso auf die Mehrheit. Diese ist vielmehr der Ansicht, daß es ihr viel leichter gewesen wäre, die Wichtigkeit ihrer Ansichten und die Irrtümer der Minderheit vor unfernen Parteigenossen nachzuweisen, wenn uneingeschränkt Press- und Versammlungsfreiheit bestanden wäre.

Allerdings ist noch ein Umstand bei dieser Frage des „Zwanges zum Schweigen“, wie es H. F. nennt, zu beachten. Wir geben zu, daß gewisse Ansichten durch die Zensur überhaupt nicht zugelassen werden. Es gibt einzelne Personen, die — aus einer wohl auch gutgemeinten, aber die fürchterliche Wirklichkeit völlig verkennenden Ansicht heraus — eine Propaganda betreiben für denkbar halten, daß die Notwendigkeit der Landesverteidigung in diesem Kriege nicht gelten solle, daß man sich, wie man es ausbrüht, „gegen den Krieg erheben“ solle. Eine solche Propaganda wird von der Zensur nicht gebuldet. Aber dieses Vorgehen der Behörden trifft unsere Minderheit nicht, denn auch sie hat wiederholt sich zu der Pflicht der Landesverteidigung bekannt. Ist dies der Fall, so ist andererseits der Angriff völlig unverständlich, den Genosse H. F. gegen einen völlig richtigen Grund- und Hauptzweig in dem Parteivorstandes aufzuführt. Dieser Aufzug sprach von den drohenden Schrecken der feindlichen Invasion bei Kriegsausbruch und von der einmütigen Entschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiter, die Heimat zu schützen. H. F. aber bemerkt hierzu: „In dieser Auffassung liegt eine völlige Verfernung der Sachlage.“ Man dürfte begierig sein, welcher Art Verfernung der Sachlage in jenem Satze, der die Grundlage unserer gesamten Kriegspolitik bildet, liegen solle. Aber H. F. sagt uns nichts, sondern sagt hinzu: „Leider ist es jetzt nicht möglich, öffentlich das Nötige dagegen zu sagen.“ Wir müssen offen gestehen, daß wir diese Geheimnistuerei in keiner Weise begreifen. Dadurch mag der Angriff etwas erweicht werden, als wenn irgendwelche geheime Gedanken von wunderbarer Bedeutung sich verbergen, die nicht ausgesprochen werden dürfen. Nun, Genosse Geier, hätte doch unter dem Schutze der Immunität im Reichstage „das Nötige“ sagen können, was nach H. F. „Leider jetzt nicht möglich ist, öffentlich zu sagen.“ Er hätte es auch sicherlich getan, wenn er bergleichen zu sagen gehabt hätte! Also sollte auch Genosse H. F. das Spiel mit den angeblichen abgrundtiefen Geheimnissen unterlassen. Es gibt solche Geheimnisse nicht! Vielleicht aber gibt es Löwenhäute, hinter denen keine Löwen stecken!

Einem weiteren Grund für das Vorgehen der Minderheit will Genosse H. F. aus dem Gegensatz in der Haltung der Fraktion und der Parteipresse vor dem Kriege und jetzt herleiten. Dies sei der Kernpunkt der Frage“. H. F. verweist auf den stammenden Aufzug des Parteivorstandes vom 25. Juli 1914 und andere Artikel der Parteipresse in jener Zeit. Damals, meint er, war die Presse

den Parteigrundsätzen treu, kurzzeit aber „herrschte im größten Teile der Parteipresse ein so nationalisierender Ton, daß sie sich im Punkte Kriegspolitik nur sehr wenig oder gar nicht von bürgerlichen Blättern unterscheiden“. Gegen diese Behauptung des Genossen H. F. legen wir aufs allerentschiedenste Verwahrung ein. Es kann sein, daß einige Ueberschwenglichkeiten in der Partei- und Gewerkschaftspresse während der ersten Kriegsmomente ausfindig gemacht werden können. Aber die Behauptung, der größte Teil der Parteipresse sei nationalisierend, bedeutet nicht bloß eine unzulässige Verallgemeinerung und Uebertreibung, sondern eine völlig wahrheitswidrige Uebersetzung. Wir haben die gesamte Parteipresse aufmerksam verfolgt und müssen sie gegen derartige Anschuldigungen in Schutz nehmen. Es scheint aber, daß H. F. zu dem ungeheuerlichen Vorwurf gelangt ist, weil er sich noch nicht einmal über den Begriff „nationalisierend“ im Klaren ist. „Nationalisierend“ bedeutet — ähnlich wie chauvinistisch —, die eigene Nation über alle anderen stellen, daß gegen andere Völker ausstreuen, andere Völker niederwerfen und beherrschen wollen. Jeder Kenner unserer Parteipresse muß zugestehen, daß sie sich von solchen Auffassungen und Bestrebungen nicht nur ferngehalten, sondern daß sie alle Auffassungen und Bestrebungen, wo sie sich an anderen Stellen zeigten, aufs entschiedenste bekämpft hat. Aber H. F. scheint den Unterschied zwischen „nationalisierend“ und „national“ nicht verstehen zu wollen. Richtig ist, daß die Parteipresse sich mit vollem Bewußtsein und mit warmer Anteilnahme für die Verteidigung des deutschen Volkes eingesetzt hat, als es von der denkbar furchtbaren Gefahr bedroht wurde, als es Beute ausländischer Heere zu werden. Bild hieraus H. F. der Parteipresse einen Vorwurf machen? Das könnte er nur, wenn er selbst die Pflicht zur Landesverteidigung im Kampfe um Sein oder Nichtsein des eigenen Volkes nicht anerkennen wollte. Da er aber, wie wir annehmen, diese Pflicht anerkennt, so beweist sein Vorwurf gegen die angeblich „nationalisierende“ Parteipresse lediglich die Ungefährtheit des eigenen Denkens.

Aus der Tatsache, daß die Parteipresse nach Kriegsausbruch anders aussah als vor Kriegsausbruch, glaubt H. F. den größten Anlaß schroffer Kritik herleiten zu dürfen. Meint er denn im Ernst, die Presse hätte sich nach Kriegsausbruch ebenso wie vor Kriegsausbruch aussprechen sollen? Kann er nicht einsehen, daß es die Aufgabe unserer Presse vor dem Kriege war, den Krieg zu verhüten und die eigene Regierung zur Vermeidung gefährlicher Schritte anzuhalten, daß aber, nachdem dennoch der Krieg ausbrach, es nunmehr darauf ankam, die von allen Seiten ankommende Uebermacht feindlicher Heere abzumehren? Der einfache Mann des Volkes begreift das, aber H. F. vermag es nicht zu begreifen. Es gehen die gewaltigsten Umwälzungen in der Welt vor sich, aber H. F. sagt: Wacht nichts, die alte Taktik muß buchstäblich belassen werden. Wilhelm Liebknecht hat das bekannte Wort geprägt: Wenn die Umstände sich ändern, so ändere ich meine Taktik, und wäre es 24 Stunden. Aber H. F. ist konservativ bis in die Knochen, er kennt nur die eingelehrten Formeln und versteht es nicht, aus gänzlich neuen Ereignissen die entsprechenden und notwendigen Erkenntnisse zu ziehen. Ja noch mehr, er erklärt: „Die Art, wie sich manche namhafte Genossen verhalten, hätte vor dem Kriege unbedingt zum Ausschluß aus der Partei geführt.“ Am liebsten möchte er also diejenigen, die aus neuen Verhältnissen neue Einsichten gewinnen, durch Waffenausstoß aus der Partei hinausstreifen. Ueberall zeigt sich eine unglaublich kurzfristige Regierertagefessung.

Außer den allgemeinen Beschuldigungen weiß H. F. für seine Verdammung der Wehrheitspolitik nur eine einzige Tatsache anzuführen, nämlich die Budgetbewilligungen. Hierdurch seien Parteitagbeschlüsse gebrochen worden. Aber auch diese einzige tatsächliche Anführung H. F.s ist unrichtig. Wäre wirklich in dieser Hinsicht ein Parteitagbeschluss verletzt, so könnte es durch die Ausnahmeverhältnisse der Gegenwart entschuldigt werden. Es ist jedoch in dem betreffenden Parteitagbeschlusse, wie früher schon von uns ausführlicher nachgewiesen ist, ausdrücklich vorgeesehen, daß von der Ab-

Sie stammt nicht aus einer Theaterfamilie. Bewahren! Sehr anhängig. Sie war damals meine Schülerin. Und dann macht sich das ja manchmal so. Wir haben einen Bubens, sag' ich Ihnen — er wurde wieder lebhafter und sprach natürlicher als vordem, entzündend, Friedal Selbstverständlich mir aus dem Gesicht geschritten. Und musikalisch ist der kleine Reel bis in die Fingerringen! Der soll denn hoffentlich mal die Hauburg der hohen Kunst erklimmen, die seinem Vater in seinem unendlich langen Leben verschlossen blieb!

„Verschlossen? Dr. Sophus?“

„Ja, meine liebe Frieda. Aus all den Erfolgen, und daran hat's ja nicht gefehlt, hab' ich mir mein Trankfein Selbsterkenntnis herausfiltriert. Gut, ja, aber eben nur mittelgut.“

„Rein, mein Herr Mangelöf, nun sind Sie zu befehlen!“

„D warum, Herr Rantor? Man kann sich befehlen, ohne eigentlich befehlen zu sein. So stehe ich. Und dabei bin ich einigermassen ins Gleichgewicht gekommen. Natürlich: erst seit den letzten Jahren. Früher, als ich meinem inneren Instrument noch nicht die passende, gedämpfte Stimmung beizubringen wußte, da suchte eine Dissonanz gegen die andere an. Im Grunde haben die Alten ganz recht mit ihrem Bänderingen, wenn die Jugend auf dem Einbaum über's Weltmeer will. Die Jungen sollten nicht alle Begeisterung für Geist ansetzen, besonders nicht im eigenen Land, geschweigen denn im Ausland. Aber trotzdem! Eine traurige Jugend, die nicht alle Regenbogenfarben funkeln sieht, wo die Bernünftigen nur einen klaren Lichtstreif zwischen Wolkenhäufen wahrnehmen! Also, das ist mein Bericht. Ich bleibe häufig auf meinem Abhang zur halben Bergeshöhe. Für die obere Hälfte da langt nun einmal der Atem nicht hin.“

Der Rantor und Frieda wollten ihm zureden. Er mußte sich doch das alte Vertrauen wiedererobern. Wenn einer ein Recht darauf habe, so sei er das gewiß. Aber er brach das Gespräch kurz ab.

„Mein Vater hatte eine sehr schlechte Nacht.“

„Sie mußten ihm wohl oder übel folgen und von des Amtsvorgängers Befehlen sprechen.“

Sophus ging. Auf dem Flur, als der Rantor zurückgeblieben war, flüsterte er Frieda noch zu:

„Ja, Frieda, erst erichal ich. Du hast es bemerkst. Ganz so — — — ehrwürdig hatte ich mir ihn denn doch nicht vorgestellt. Aber wer will es dir verdenken? Ich hab' es ja schließlich nicht viel anders gemacht. Wenn du mal bei mir hineinkommst... Auf halber Bergeshöhe, nicht wahr? Schön warm und sicher im Rücken muß es sein. Das ist die Weisheit. Lebe wohl!“

Beim Rantor hinterließ dieser Besuch weiter keinen Eindruck. Er hatte nur ein paar von den Reden, die das Alter für solche Fälle immer bereit hält:

„Ja, ich muß sagen: gefährlich habe ich etwas Fehlmüßiges für ihn. Es wird heutzutage viel in der Musik verlangt. Er hätte am Ende lieber erst mal sein Abstrichentexamen machen sollen. Diese Grundlage ist für alles gut, auch wenn einer Künstler werden will. Aber es ist sehr vernünftig von ihm, daß er nun nicht verzagt, sondern die Dinge nimmt, wie sie liegen. In der Beschränkung zeigt sich der Meister. Ueber die angeborene Begabung kann keiner hinaus, und er wird ja auch im kleineren Kreise gewiß anregend wirken.“

Jemandem tiefer berührte ihn Sophus Mangelöfs Schicksal nicht.

Anders bei Frieda. Ihr war das Erscheinen des Jugendfreundes von großer Bedeutung. Sein Verhalten auf das Größte, das er vordem so unbedingt sicher zu erreichen hoffte, nahm aus ihrer Seele das Letzte hinweg, was sie trotz aller Nachgiebigkeit noch gehindert hatte, ihr wahres, ganzes Glück in ihrer Ehe zu suchen und daher alles zu ihm, um ihren Mann an sich zu fesseln und in seine unzerstörbare Zufriedenheit hineinzugelangen.

Auf halber Bergeshöhe...

Wenn ein Sophus Mangelöf dort hausein konnte, wieviel mehr dann sie, Frieda Liebe, die gewissermaßen nur aus Versehen ein einziges Mal versucht gewesen war, höher hinaufzusteigen. Wenigstens hatte sie sich es damals zunächst eingebildet, daß das Ziel ihrer Sehnsucht höher lag als ihr Alltagsfeld. Rührer war sie ja freilich selber dessen inne geworden: sie hatte sich getrennt... ihre Sehnsüchte wollten sie abwärts ziehen.

Fiel

(Fortsetzung folgt)

Lehung des Budgets abgelehnt werden darf, falls sonst ein ungünstigeres Budget zuhande kommen würde. Gegenwärtig handelt es sich aber nicht bloß um ein ungünstigeres Budget, das zuhande kommen könnte, sondern um unvergleichlich viel mehr, viel Schlimmeres. Die Ablehnung des Etats hätte das Signal zur Entfaltung der innerpolitischen Parteikämpfe bedeutet, die Gefahr der inneren Zersplitterung wäre heraufbeschworen worden, es wäre der Spekulation der gegnerischen Parteien auf die innere Zerschlagung der Reichsland der bedenkliche Vorhub gegeben worden. Wenn aus diesem Grunde im Reichstag und in den Bundesstaaten dem Etat zugestimmt wurde, so ist das kein Verstoß gegen einen Parteipflichtschluß. Es kommt vor allem auch hinzu, daß überhaupt niemals ein Parteitag mit der Frage befaßt worden ist, wie sich die Partei in einer solchen Situation, wie wir sie jetzt erleben, zum Etat stellen soll. Wäre damals eine Vertagung der Frage vorgelegt worden; soll die Partei die Mittel verweigern, wenn Kisten und Kisten von Bundes und Landes, Bundes und Landesregierungen unter Überlegen zu überfluten drohen — glaubt Genosse H. F., ein Parteitag würde beschließen haben, es sollte auch dann die Mittel verweigert werden? August Hebel, der, wenn es gegen Ausland ginge, noch als alter Mann die Blüte auf den Hüften nehmen wollte, würde dem Genossen H. F. schon den Ratschlag gegeben haben!

Zuletzt vertritt Genosse H. F. die Sonderaktion durch den Spruch auf die Ansichten des Genossen Kolb zu beziehen. Er wendet sich gegen die ganze Richtung, die Kolb vertritt, und erklärt deutlich genug, daß sie überhand nimmt. „Sozialdemokraten! Wo nicht nur wegen der Arbeitslosigkeit, sondern auch wegen der ganzen Richtung“ muß H. F. das Licht durchscheiden lassen.

H. F. und seine engeren Genossenschaftsgenossen sind sich auch die weitere Ziele der wissenschaftlichen Sozialdemokratie, die ebenfalls seit Jahrzehnten im Dienste der Partei gearbeitet haben, lassen nicht als „richtige“ Sozialdemokraten anerkennen!

H. F. zitiert einige Sätze aus der Schrift Kolbs. Wir werden nicht dabei verweilen, daß er die Methode befolgt, aus einer längeren Schrift ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Sätze künstlich zusammenzufügen. Wir stellen aber fest, daß die politischen Auffassungen Kolbs von einer sehr großen Zahl Leute, die für die Arbeit vorliegen, geteilt, nicht geteilt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Richtungsfreunde, die H. F. in den Vordergrund zu schieben sucht, in der Reichstagsfraktion überhaupt keine Rolle gespielt hat. Und gerade in der gegenwärtigen Lage erscheinen diese Richtungsfreunde, wie sie H. F. seit mehr als zehn Jahren mit dem gleichen Schlagwort dreht, besonders unpassend. Sollen wir doch in der Kreditfrage den Genossen H. F. Krim in Arm mit dem Vater des erschrecklichen Revisionismus, dem Genossen Eduard Bernstein, mit Genossen wie Edmund Gilder und Dr. Erdmann!

Es ist ferner recht interessant zu beobachten, wie sich die Gegensätze berühren: Kolb und H. F. Dieser meint: „Nur zu wahr ist, was Kolb über den Wandel der Parteifaktik ausgeführt hat, nämlich, daß die Opposition und die Gruppe um Liebknecht die bisherige Politik der Sozialdemokratie konsequent hochgehalten“. H. F. stimmt auch dem anderen Sätze Kolbs zu, daß „vor dem 4. August die Politik der Sozialdemokratie prinzipiell auf die Negation des heutigen Staates festgelegt war, nach dem 4. August auf die Sicherstellung desselben“. Diese Formulierung Kolbs schließt dem Genossen H. F. außerordentlich, nur daß — natürlich — Kolb die neue Politik, H. F. aber das Festhalten an der alten Politik vertritt.

In Wahrheit aber ist die Formel Kolbs, auf die sich H. F. so sehr stützt, überhaupt nicht richtig, und wenn H. F. die „prinzipielle Negation des heutigen Staates“ als die bisherige Politik der Sozialdemokratie ansieht, die er — im Gegensatz zu den Vertretern einer angeblich neuen Politik — konsequent hochhalten will, so beweist er hiermit nur, daß er über die Fragen der Parteifaktik sehr verworrene Vorstellungen hat.

Das Schlusswort von der „prinzipiellen Negation des heutigen Staates“ — und fügen wir hinzu: der heutigen Gesellschaftsordnung — ist längst, längst als wertlos erkannt worden. Ebenso wertlos ist es, wenn H. F. das Schreckgespenst aufmarschieren läßt, es solle die Partei „in eine soziale Reformpartei“ verwandelt werden. Ein verständiger Politiker wird sich hüten, immerfort mit diesen Schlagworten um sich zu werfen. Die Sozialdemokratie erweist als ihr Ziel eine Gesellschaftsordnung, in der die kapitalistische Ausbeutung beseitigt ist und in der der Staat nicht der Staat einer herrschenden Klasse, sondern der Verwaltungsgesellschaft im Dienste der Gesamtheit sein soll. Das faktische Problem aber lautet, auf welchem Wege ist das Ziel zu erreichen? Die gesamte neuere Geschichte der Sozialdemokratie hat auf diese Frage längst die Antwort erteilt. Die Partei hat die „prinzipielle Negation“ nicht mehr und nicht verlassen und ist längst eine „soziale Reformpartei“ geworden. Die Partei kann den heutigen Staat nicht „negieren“. Dieser Staat ist als machtbare Tatsache gegeben, es ist nichts als Illusion, wenn man ihn „negieren“ will. Die Arbeiterbewegung negiert diesen Staat nicht, sondern sie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens tätig, um ihren Einfluß auf diesen Staat immer mehr zu steigern und ihn aus einem kapitalistischen Staat in einen sozialen Staat umzugestalten. Als die Sozialdemokratie etwa nicht eine „soziale Reformpartei“? Alles, was die Hunderttausende der Arbeiter in Partei, in Gewerkschaften, in Genossenschaften tun, ist soziale Reformarbeit. Ist dazu bestimmt, die materielle und kulturelle Lage der Arbeiterklasse Jug um Jug zu heben. Nicht durch irgendwelche schöne revolutionäre Schemata, nicht durch immerwährendes Reinsagen, sondern durch die unaußhörliche Arbeit in den Organisationen wird der Aufstieg der Arbeiterklasse gefördert.

Alle Gründe, die H. F. zum Schutze der Sonderaktion anführt, erweisen sich als Scheingründe und Zerfährer. Die sind vielmehr der Lieberzeugung, daß das Vorgehen der Fraktion der denkbar schwerste Fehler war. Bei diesem Vorgehen verleiht und fördert, der macht sich mitschuldig daran, daß die Gefahr entsteht, daß die deutsche Sozialdemokratie der Zersplitterung anheimfällt und mit gebrochener Kampffront aus dem Weltkriege herorgeht. Aber niemals mehr als jetzt und bei Abschluß des Weltkrieges bedarf die Partei der festesten Geschlossenheit ihrer Reihen.

Wer die Reichstagsfraktion hört, wer sie geschildert, wer leichtsinnig die Zersplitterung der Arbeiterbewegung betreibt, der verflucht sich auf's Schwerste an der Partei. Bedenken denn die Sonderaktionsfreunde nicht, wenn sie die größte Freude bereiten? Die größten Gegner einer starken und erfolgreichen Arbeiterdemokratie ihnen den Gefallen tun will, sich in inneren Kämpfen zu gerackeln und zu lähmen. Darum sind Ausführungen, wie sie H. F. gemacht hat, in höchstem Maße schädlich für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse und müssen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Wohin die Reise geht!

Nachträglich lesen wir einer Artikel von Otto Mühl in der Dresdner Volkszeitung. Mühl schreibt: Das ist ein Ergebnis von großer Tragweite für die künftige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Denn wenn auch die Spaltung der Fraktion zunächst noch nicht die Spaltung der Partei ist, so steht für mich und viele andere doch außer Zweifel, daß diese folgen muß, weil sie nach Lage der Dinge unvermeidlich geworden ist.“ Weiterhin schreibt Mühl: Und ich weiß, daß in der Partei viele Tausende mit mir die Spaltung der Fraktion sehr wohlwollend sehen, daß sie das nun eingetretene Ereignis als einen verheißungsvollen Aufschwung der Partei ansehen und nicht als Niederlage und unheiliger Ohnmacht betrachten, ja, daß sie die unausbleibliche Spaltung auch der Partei zur Vorbereitung für ihre fernere Betätigung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie machen.“ Das ist deutsch. Kein Parteigenosse kann nun noch im Zweifel sein, wohin die Reise gehen soll. Es sind fanatische Elemente am Werk, die sich nicht scheuen, das seit Jahrzehnten mühsam erbaute Werk der Arbeiterbewegung zugrunde zu richten. Parteigenossen, Arbeiter, seid auf der Hut! Treitet den Parteiführern mit äußerster Entschiedenheit entgegen!

Sächsische Angelegenheiten.

Regelung der Butterversorgung in Sachsen.

Die Butterkarte für das Land. In der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Butter vom 8. Dezember, die unsere Leser ja bereits kennen, wird unter anderem, und zwar im § 8, verfügt, daß die Gemeinden berechtigt sind, auf Anordnung der Landeszentralbehörde auch verpflichtet sind, den Verkehr und den Verbrauch von Butter in ihrem Bezirk zu regeln, insbesondere zu bestimmen, daß Butter gewerbmäßig nur an Personen aber Unternehmer abgegeben werden darf, die sich im Besitz von Butterkarten befinden. Diese Regelung kann auch auf Dritte verschiedener Art ausgedehnt werden. Solcher hatten wir in Sachsen wohl in einigen Städten die Butterkarte, seitdem Dresden damit vorangegangen war, doch eine allgemeine Regelung für das ganze Land und eine Verpflichtung für alle Gemeinden, die Butterkarten einzuführen, bestand noch nicht. Am 10. Januar an sich aber, einer Verordnung des Ministeriums des Innern zufolge, alle sächsischen Gemeinden zur Einführung der Butterkarte und einer Verteilung der Butterkarten mit Hilfe dieser noch bestimmten Grundbesitzer, die einheitlich für alle Orte Geltung haben, verpflichtet.

Die wesentlichen Bestimmungen der sächsischen Butterverordnung lauten:

Butter darf innerhalb Sachsens an Verbraucher gewerbmäßig nur abgegeben werden, wenn sich die Empfänger im Besitz von Butterkarten oder ähnlichen Ausweisen befinden. Die Inhaber von Gutsbesitzungen, Pensionen, Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten stehen im Sinne dieser Verordnung den Verbrauchern gleich. Sie erhalten die dem Umfang ihres Betriebes entsprechende Anzahl von Butterkarten. Die weitere Abgabe von Butter in ähnlichen Betrieben oder Anstalten an deren Gäste oder Insassen zum Verzehr erfolgt ohne Butterkarten. Die Gültigkeit der Butterkarten ist nicht auf die Gemeinde, die sie ausgestellt hat, beschränkt, Gemeinden, die durch Zusatz öffentlicher Mittel eine Verbilligung der Butter für ihre Gemeindeglieder erzielen, können indes den Bezug dieser verbilligten Butter für die Angehörigen anderer Gemeinden ausschließen. Die Gemeinden sind berechtigt, vorbehaltlich einer Regelung durch die Landeszentralbehörde, gemäß § 8, Absatz 2 der Bundesratsverordnung vom 8. Dezember 1915 Bestimmungen zu treffen.

Die Butterkarten werden für die Person und die Woche ausgestellt. Sie lauten auf höchstens 1/2 Kilogramm, gewähren jedoch kein Recht auf Bezug dieser Menge. Die Gemeinden können nach Maßgabe der vorhandenen Bestände und der Zuweisungen für die einzelne Woche bestimmen, daß auf die Butterkarte nur ein Teil des Höchstbetrags bezogen werden darf. In Geschäften und im Marktwirtschaft darf Butter nur auf die laufende Woche entnommen werden. Ueber die Form der Butterkarte ergeht besondere Anweisung. Es ist, soweit in der Gemeinde Butter verschiedener Herkunft zu verschiedenen Preisen verkauft wird, durch Vermerk oder besondere Kennzeichnung der Karten für Angehörige eines Familienhaushalts, deren Haushaltungsvorstände ein geringeres Einkommen als 1200 M. haben, dafür zu sorgen, daß diesen minderbemittelten Haushaltungen auf Antrag vorzugsweise die billigere Butter zugeführt wird. Angehörige eines Familienhaushalts mit mehr als drei Kindern unter 14 Jahren haben auf diese Vorzugsarten Anspruch, solange das Einkommen des Haushaltungsvorstandes 1100 M. nicht überschreitet. Auch für Herbergen, Krankenhäuser und ähnliche Anstalten sind auf Antrag die Vorzugsarten auszugeben.

Butterkarten dürfen nur für Personen auszugeben werden, die selbst durch eine zum Haushalte gehörige oder besonders zur Verteilung ermächtigte Person bei der Antragsabgabe die Erklärung abgeben, daß sie keine Butter von Orten außerhalb Sachsens beziehen. Die einmal abgegebene Erklärung gilt bis zum Widerruf auch für die spätere Ausgabe von Karten.

Die wesentliche, wachstumsmäßige Erleichterung und das absichtliche aber schärfliche Unterlassen des Widerrufs werden bestraft. Wird Butter von einem Eric Sachsens an Verbraucher eines anderen Landes gefandt, so muß der Abnehmer schon bei der Absendung im Besitze der für den Verbraucher gültigen Karten sein.

Der Butter gewerbmäßig an Verbraucher abgibt, ist verpflichtet, über die dem ihm bezogenen oder ihm zugewiesenen Buttermengen genau Buch zu führen. Er hat nach näherer Anweisung der Gemeinde, in der er sein Geschäft betreibt, nach Schluß eines Versorgungsabschnittes eine Mitteilung über seinen Bestand an die Gemeindebehörde einzureichen und den Verkauf durch Vorlegung der entsprechenden

Butterkarten nachzuweisen. Nach Maßgabe des örtlichen Bedarfs hat die Gemeinde zu berücksichtigen, daß der Butterhandel im Marktverkehr und durch Auftragen von Butter in einzelnen Haushaltungen vom Abrechnungspflichtig ist. In Hinsicht dieser Verhältnisse und des § 3, Absatz 1 steht der Erzeuger, der unmittelbare Verkäufer und Verbraucher liefert, dem gewerbmäßigen Verkäufer gleich.

Die bei den Kreishauptmannschaften nach der Verordnung vom 19. November 1915 erteilten Verteilungskarten sollen innerhalb ihres Bezirkes durch Zusammenschließen der landwirtschaftlichen Betriebe oder die von ihnen besetzten Stellen für den Verteilungszweck zugewiesene Stellen entsprechend zu erteilen. Der Verkehr der Verteilungskarten mit der Landesverteilungsstelle wird besonders geregelt.

Zum Schluß werden noch die Strafbestimmungen aufgeführt. Danach können im Uebertretungsfall Geldstrafen bis zu 100 M. ausgeschrieben oder auf Gefängnis bis zu 6 Monaten erkannt werden; auch können Nebenstrafen, die dem Uebertreter beizufügen sind, ausgesprochen werden. Die Verordnung tritt am 10. Januar in Kraft.

Für die Stadt Dresden sind gleichzeitig mitwirkende neue Vorschriften über den Butterverkauf erlassen worden, die unten weiter an anderer Stelle des Blattes finden.

Unterstützungsgefuche beim Kriegsministerium.

Beim Kriegsministerium in Dresden gehen unangelegentlich Gefuche und Verfordern über Familienunterstützungen, Witwen- und Waisenbeihilfen, auch Aufwandsentschädigungen für Soldatenreiche Familien ein. Mit der Vermählung von Unterstützungen dieser Art hat das Kriegsministerium nichts zu tun. Die Anträge erledigen durch ihre Weitergabe an die zuständigen Stellen nur Verzögerungen, womit dem Antragsteller sicherlich nicht gedient ist. Gefuche von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften um Gewährung von Unterstützungen auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 sind ebenso wie Gefuche um Weiterbeihilfen an die Lieferungsverbände (Wirtschaftsausschüsse) oder Stadträte zu richten. Anträge auf Aufwandsentschädigungen für Soldatenreiche Familien sind bei der Gemeindebehörde des Ortes anzumelden, in dem der Verdächtige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Gefuche um Waisenbeihilfen wolle man an die Krankenkassen oder, falls Mitgliedschaft nicht besteht, an die Lieferungsverbände richten. Schwierigkeiten sind an die zuständigen Kreishauptmannschaften zu richten.

Staatshilfe für Gewerbetreibende und Angestellte.

Vor kurzem hat die sächsische Regierung bekanntgegeben, sie habe sich entschlossen, Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Hausbesitzern und Angestellten unter bestimmten Bedingungen Beihilfen zur Wiedererrichtung des Geschäftsbetriebes oder zur Fortsetzung, infolge des Krieges entstandene Verluste, oder zur Befähigung zu stellen. Um ähnliche Unterstützungen auch für die bezeichneten erwerbsfähigen Kreise der anderen Bundesstaaten zu erwirken, hat der Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig an die zuständigen Ministerien entsprechende Eingaben gerichtet. Er weist darin auf das Vorgehen der sächsischen Regierung hin und betont die Notwendigkeit der sächsischen Hilfe.

Kriegsausnahmetarife.

Für die Beförderung leicht gelagerter feinerer Getreide (Sorgho, Reis), auch gewässert, in Säcken und Wagenladungen zum Verbrauch im Inlande, ist ein neuer Ausnahmetarif in Kraft getreten. Nähere Auskunft erteilen die Güterabfertigungen der sächsischen Staatsbahnen.

Leipzig. Für Leipzig ist der Verkaufspreis für Roggenmehl im Großhandel vom 27. Dezember 1915 ab von 85 auf 92 M. für je 100 Kilogramm herabgesetzt. Ebenso wird vom 1. Januar 1916 der Preis von 10^{1/2} auf 16 M. für ein Pfund herabgesetzt.

Reichen. Vom Ausbruch des Krieges bis zum 30. Juni standen in Reichen 460 Wohnungen und 20 einzelne Stuben leer. Auch mußten 44 Werkstätten und 30 sonstige Räume geschlossen werden. Durch das Verfehlen, den teilweise Krieg der Reichen an Kriegsteilnehmer und Arbeitslose sowie durch Verabfolgungen der Wohnungspreise entstand bis zum 30. Juli 1915 ein Verlust von 88 464 M.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Als am Donnerstag nachmittag in der Zeiger Straße in Leipzig eine 41 Jahre alte Arbeiterin hinter einem Straßenbahnwagen bei der Fahrt überfahren wurde, lief sie direkt in einen entgegengelegten Richtung kommenden Kraftwagen hinein. Sie wurde zu Boden geschleudert und von dem Wagen überfahren. Man brachte sie sofort in ihre Wohnung, wo sie bald danach verstarb. Ein beherrschendes Unheil ereignete sich am Freitag Abend in einem Hause am Hauptbahnhof. Das vierjährige Mädchen eines Wirtes, deren Mann im Kriege gefallen ist, hatte in einem unbesetzten Zimmer Augenblicke mit einem Feuerhaken den Deckel des Abortbrunnens abgehoben und war dann in die Abgrube gefallen. Die sofort herbeigerufenen Feuerwehrleute konnten den kleinen Mädchen nur als Leiche aus der 3 Meter tiefen Grube bergen. — Bei Arbeiten an der Hochspannung verunglückte der 26 Jahre alte Freileitungsbauer Peter Linde an Oberleitung stößt. Linde war an einem Holmast hochgehoben, um die Isolierung für die Einleitung des Stroms auszubringen. Der lange Draht brach jedoch, stürzte um und begrub Linde unter sich. Der junge Mann, der als Helfer dabei stand und noch unterbewußt ist, wurde nur als Leiche unter dem Mast hervorgezogen werden.

Stadt-Chronik.

Regelung der Butterverteilung.

Zu dieser Frage hat der Rat zu Dresden (Rechnungsausschuß) wichtige Entschlüsse gefaßt. Die Schwierigkeit der Verteilung liegt darin, daß der Vorrat der Butterzentrale sehr gering ist, während die Einfuhr einzelner Geschäfte von diesen selbst verteilt und nicht durch die Zentrale ergriffen wird. Hierdurch ist bisher eine ungleiche Verteilung entstanden, bei der der Marktbedarf nicht annähernd gedeckt werden konnte. Es kommt hinzu, daß das Publikum durch die ungleiche Verteilung, bei denen es Butter vermischt, ungewünschte Nachteile erleidet. Die Regelung soll nun in vorrätiger Weise den, daß die Butterkarten nur zur Hälfte für Butter, zur Hälfte für Fett gelten sollen. Es soll also jede Person nicht mehr als 1/2 Pfund in der Woche verlangen dürfen. Dies Verlangen soll in den Geschäften vorher angegeben werden. Jeder kann hierzu sein bisheriges Buttergewicht erfragen, da dieses gegen die Karten Bestand erhalten kann. Es wird erwartet, daß jedermann ein Gefühl in der Sache finden wird. Weiter ist sehr wichtig, daß nur für eine

Hoch auf den Bergen steht die Sonne und die Luft ist rein. Die Vögel singen und die Blumen blühen. Ein herrliches Bild der Natur, das uns alle erfreuen sollte. Wir müssen nur die Augen dafür offen haben.

Im Reichstag sind die Verhandlungen über die Kriegsausnahmetarife im Gange. Die Regierung hat sich für eine Erleichterung der Lage der Betroffenen ausgesprochen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die sächsische Regierung hat sich für die Gewerbetreibenden und Angestellten ausgesprochen. Sie hat sich entschlossen, ihnen Beihilfen zu leisten. Dies ist ein Zeichen der Fürsorge der Regierung.

Die Stadtverwaltung hat sich für die Regelung der Butterverteilung ausgesprochen. Sie hat sich für eine Gleichbehandlung aller Bürger ausgesprochen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Stadtverwaltung hat sich für die Regelung der Butterverteilung ausgesprochen. Sie hat sich für eine Gleichbehandlung aller Bürger ausgesprochen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Stadtverwaltung hat sich für die Regelung der Butterverteilung ausgesprochen. Sie hat sich für eine Gleichbehandlung aller Bürger ausgesprochen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

